

5. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

17.Juli 1959

9/J

Anfrage

der Abgeordneten Dr. G r e d l e r, Dr. van T o n g e l und Genossen
an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten und an den Bun-
desminister für Finanzen,

betreffend die Erfüllung des Art.27(1) des Staatsvertrages durch die
Tschechoslowakische Republik und andere Schuldnerstaaten.

- - - - -

Mit Anfrage vom 4. März d.J. (390/J) haben die Abgeordneten
Dr. Pfeifer, Dr. Gredler und Genossen an die obigen Bundesminister die An-
frage gerichtet,

- 1.) ob sie bereit sind, über den derzeitigen Stand der Verhandlungen über die Entschädigung der vertriebenen Österreicher mit der Tschechoslowa- kischen Republik und anderen verpflichteten Staaten dem Nationalrat um- gehend zu berichten;
- 2.) ob der Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten bereit ist, die in Art.35 des Staatsvertrages vorgesehene Kommission anzurufen, um die säumigen Staaten zur Erfüllung ihrer vermögensrechtlichen Verpflich- tungen zu verhalten;
- 3.) ob der Bundesminister für Finanzen bereit ist, den vertriebenen öster- reichischen Staatsbürgern in Notfällen aus dem im Finanzgesetz hiefür in Betracht kommenden Kredit Vorschüsse zu leisten;
- 4.) ob der Bundesminister für Finanzen bereit ist, einen Gesetzentwurf vor- zubereiten, der die Grundlage bietet, den vertriebenen Auslandsöster- reichern und Volksdeutschen aus der österreichisch-ungarischen Monarchie die nötige Hilfe zur Eingliederung und Existenzsicherung gewähren zu kön- nen, unbeschadet der nachhaltigsten Geltendmachung der österreichischen Ersatzansprüche gegenüber den verpflichteten und schuldigen Staaten.

Auf diese Anfrage hat bisher keiner der beiden Bundesminister geant- wortet.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten und an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

Anfrage:

Sind der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten und der Herr Bundesminister für Finanzen bereit, die obige Anfrage vom 4. März d.J. endlich zu beantworten und die darin behandelten Maßnahmen im Interesse tausen- der geschädigter österreichischer Staatsbürger ungesäumt zu ergreifen?